

Gladbeck vor drei Jahren, das drei Todesopfer forderte, kosteten Innensenator Bernd Meyer das Amt. Auch diese Affäre köchelt weiter: Kripo-Chef Peter Möller, dem schweres Versagen vorgeworfen worden war, weigert sich, bislang erfolgreich, seine Position zu räumen.

Kungelei und Versagen werfen viele Bremer den Sozis vor, weil der Bau eines Kongreßzentrums mit 100 Millionen Mark doppelt so teuer wird wie geplant. Jetzt rügte auch noch der Bund der Steuerzahler das Miniland an der Unterweser. Mit dem „Palazzo Pissso“ leistet sich Bremen das exklusivste öffentliche Pisssoir der Republik: 870 000 Mark hat der in Rosa und Hellgrau gehaltene Umbau des hanseatischen Abtritts gekostet.

Auch Wedemeier selbst ist ins Gerede gekommen, weil er offenbar Amt und Privates nicht ausreichend auseinandergehalten hat: Von dem Großinvestor Hans Grothe, der auf dem knappen Bremer Boden Großbauten errichtet und am liebsten auch noch den geschäftsträchtigen Platz am Bahnhof bebauen möchte, ließ er sich in dessen Villa nach Mallorca einladen. Und einen Trip nach New York, wo er lediglich ein paar verzichtbare Honneurs machte, um dann einen vierwöchigen USA-Urlaub anzuhängen, rechnete er als Dienstreise ab. Ehefrau Ute reiste auf Einladung Dritter kostenlos mit.

Doch so schnell lassen die Hanseaten von ihrer Traditionspartei nicht ab. Wedemeier, aus bescheidenen Verhältnissen kommend, gilt als einer der Ihren. Als sein Spesengebaren aufflog, versprach er brav, „so etwas“ werde er „nicht noch mal machen“. Das genügte wohl.

„Das Erneuerungsgesetz der Demokratie“, wonach verschlissene Regierungsparteien in die Opposition gehören, gelte in Bremen offenbar nicht, stellte die *Tageszeitung* resignierend fest. Das liegt auch an der schlaffen Opposition. Die CDU, die vor vier Jahren auf ihren Tiefststand gefallen war, setzt diesmal auf einen politischen Neuling: den Sparkassendirektor Ulrich Nölle, 51. Nölle trat erst im Februar der CDU bei und muß bei öffentlichen Diskussionen noch allzuhäufig in seinen mitgebrachten Unterlagen nach den richtigen Zahlen und Argumenten suchen.

Sparkassenvorstand Nölle, so das Kalkül der CDU-Strategen, könnte die Wähler beim Portemonnaie packen. Die SPD, verkündet der Bankchef im Wahlkampf stereotyp, lerne nie, mit Geld richtig umzugehen, „eher legt ein Hund einen Wurstvorrat an“. Doch recht glücklich ist die CDU mit ihrem Nölle nicht.

Sein Spruch von den dummen Sozis blieb nicht lange unwidersprochen. Die Sparkasse, teilte Nölles Vorstandskolle-

ge Friedrich Rebers (SPD) der Bremer Öffentlichkeit mit, sei, damit kein falscher Eindruck entstehe, „keine CDU-Bank“. Auch Nölles Herumnörgeln an der Wirtschaftspolitik des Landes sei nicht zu verstehen: Die Hansestadt habe sich „prächtig entwickelt“.

Zahlreiche Sparkassenkunden zogen aus dem parteipolitischen Hickhack der Banker erst einmal eine für Rebers wie Nölle gleichermaßen harsche Konsequenz: Sie kündigten ihre Konten.

Asyl

Vergessen Sie's

Das Auswärtige Amt redet politische Verfolgung in der Türkei und in Rumänien herunter – zum Nachteil von Asylbewerbern.

Der Mann kam im weißen BMW, Münchner Kennzeichen. Er sei, sagte er, von der Spionageabwehr und zückte seinen Ausweis: Bayerisches Landesamt für Verfassungsschutz.

Bis nach Schweinfurt war er 350 Kilometer gefahren, um der Rumänin Liliana Tarpo, 35, ehemals Angestellte der Deutschen Botschaft in Bukarest, eine Warnung aus München zu übermitteln: „Gehen Sie auf keinen Fall in Ihre Heimat zurück, auch nicht auf Besuch.“

Nach Erkenntnissen der Verfassungsschützer sei der gefürchtete Geheimdienst Securitate „dort wieder gefähr-

lich“ und, „was Spionage anbelangt, wieder aktiv“.

Der Besuch aus München verwirrt die Asylbewerberin Liliana Tarpo und ihren Mann. Denn das Zirndorfer „Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge“ hatte die beiden anders beschrieben: Den Tarpos drohe daheim keinerlei Gefahr mehr, ihr Antrag auf politisches Asyl sei daher abgelehnt.

Den hatte die ehemalige Botschaftsangestellte mit dem Hinweis begründet, sie habe sich geweigert, Interna aus der Bonner Vertretung an die Securitate weiterzugeben, und fühle sich deshalb in Rumänien „erheblich bedroht“.

Daß westdeutsche Behörden nach Gusto und Tagesform über die politische Verfolgung von Asylbewerbern entscheiden, kommt häufig vor. Den Betroffenen und ihren Anwälten erscheinen die Entscheidungskriterien nicht selten „viel zu dürrig und fast willkürlich“, wie es der Münchner Rechtsanwalt Franz Bethäuser formuliert, der auch die Rumänin Tarpo vertritt: „Die Informationen sind fragwürdig. Kaum jemand weiß, was wirklich los ist.“

Schuld daran trägt vor allem das Auswärtige Amt in Bonn. Die Diplomaten des Liberalen Hans-Dietrich Genscher sind fast immer bemüht, Menschenrechtsverletzungen in jenen Ländern, zu denen Bonn Beziehungen unterhält, herunterzuspielen. In Rumänien etwa, stellte das AA in einem internen Lagebericht lapidar fest, hätten Asylbewerber „nach einer Abschiebung in ihr Heimatland nach wie vor nicht mit Verfolgungsmaßnahmen zu rechnen“.

Tatsächlich aber erkannten die westdeutschen Behörden in den ersten acht



Ehepaar Tarpo, Kinder: „Gehen Sie auf keinen Fall zurück“

Monaten dieses Jahres 77 asylsuchende Rumänen als politisch Verfolgte an.

Über die „verharmlosenden“ (Beträger) Lageberichte der Diplomaten empören sich nicht nur Rechtsanwälte und Menschenrechtsorganisationen, sondern auch Richter.

Im Falle eines kurdischen Asylbewerbers, der in der Türkei erwiesenermaßen aus politischen Gründen verhaftet und mißhandelt worden war, beklagten Wiesbadener Verwaltungsrichter 1983 die Ignoranz der Berichtschreiber aus Genschers Ministerium.

Die AA-Stellungnahmen, in der Türkei gebe es allenfalls „Einzelfälle von Folterungen“, die von der örtlichen Staatsanwaltschaft „auf Anzeige verfolgt“ würden, hielt das Gericht für „höchst zweifelhaft“ und „unverwertbar“.

Bundesinnenminister Schäuble hingegen möchte das AA noch weiter aufwerten: Das Auswärtige Amt soll eine Liste „verfolgungsfreier Länder“ erstellen, mit deren Hilfe bestimmte Flüchtlingsgruppen gleich an der Grenze abgewiesen werden.

Wie die AA-Berichte zustande kommen, hatte schon 1980 ein AA-Beamter bei einer Tagung der Deutschen Richterakademie ausgeplaudert:

„Die Bejahung der Verfolgung“, so der Referent, „bedeutet ein Unwerturteil über ein Land, zu dem diplomatische Beziehungen unterhalten werden.“ Auskünfte müßten „entsprechend vorsichtig formuliert“ werden. Zudem sei die „Informationsbeschaffung schwierig“. Die Diplomaten seien „auf vorsichtige, unauffällige Gespräche bei Einladungen, diplomatischen Essen und Cocktailparties angewiesen“.

Das schriftlich festgehaltene Partygeplauder wird in Asylverfahren dann – gemäß der Verwaltungsgerichtsordnung – zu einem „selbständigen Beweismittel“. Auf welche Quellen sich die Informationen stützen, muß das Außenministerium vor Gericht nicht mehr offenlegen.

Mehr als die Diplomaten, die in Bukarest ihre unauffälligen Gespräche führen, scheint sogar der bayerische Verfassungsschutz vom real existierenden Terror in Rumänien mitzukriegen. Seine Informationen kommen allerdings lange nicht allen Asylbewerbern zugute.

Der Mann vom Verfassungsschutz in München war peinlich berührt, als er feststellte, daß die ehemalige Botschaftsangestellte Tarpo gar keine Spätaussiedlerin war, wie er geglaubt hatte, sondern bloß Asylbewerberin. Er beendete die Unterhaltung abrupt mit dem Hinweis: „Das ist nicht mehr meine Abteilung. Vergessen Sie unser Gespräch.“

Irak-Geschäfte

Teures Schweigen

Die Exporteure von Giftgasanlagen an den Irak kommen möglicherweise glimpflich davon – dank jahrelanger juristischer Schlampereien im Bonner Kabinett.

In Schutzanzügen und mit Gasmasken zogen Uno-Inspekture im August durch die irakische Wüste. Lange vor dem Ziel wies ihnen Chemiestrang den Weg – in die Gifthölle von Samarra. In dem 25 Quadratkilometer großen Areal wurden die meisten Fabrikgebäude im Bombenhagel der Alliierten zerstört. Unter den Trümmern: aufgerissene Ra-

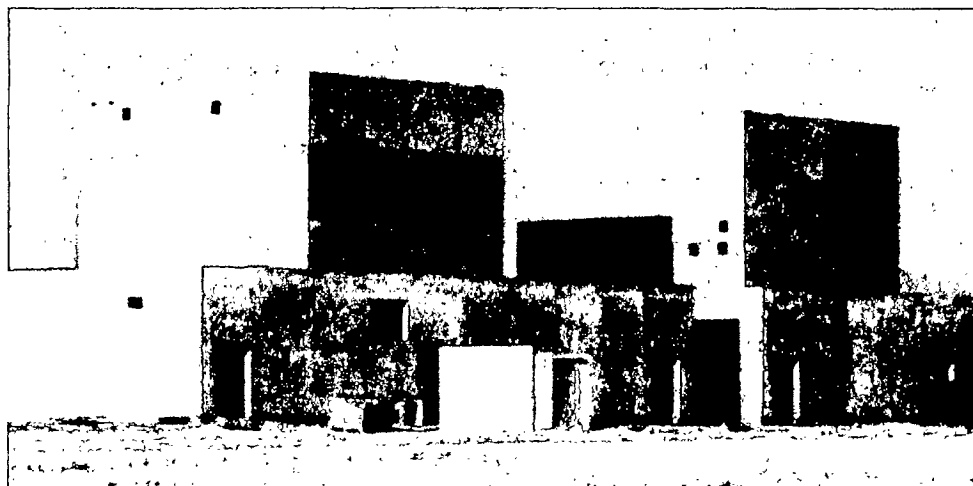
keten- und Gefechtsköpfe, Kampfstoffe, Hunderte von Tonnen hochgiftiger Chemikalien – Nervengase, die schon in winzigen Mengen tödlich sind.

Die Entstehungsgeschichte dieser größten irakischen Kampfstoff-Fabrik wird demnächst vor der 13. Strafkammer des Landgerichts Darmstadt aufge- rollt. Ein Dutzend deutscher Manager soll am Bau der Mabuse-Werkstatt des Saddam Hussein mitgewirkt haben. Wie sehr sie in dessen schmutzige Politik verstrickt sind, darüber erhofft sich das Gericht Aufschluß von Zeugen aus Samarra und von den Kommissionsberichten der Uno. Die Darmstädter Richter haben die Uno jetzt offiziell um Rechtshilfe gebeten. Doch bevor das Verfahren vor dem Landgericht beginnt, fällt das

* Im Frühjahr vor der Firma Karl Kolb in Dreieich.



Protest gegen deutschen Irak-Lieferanten*: Straffreiheit für die Manager?



Irakische Kampfstoff-Fabrik Samarra (vor dem Golfkrieg): Saddam Husseins